

Im ersten Teil dieses Beitrages soll auf die überaus prekäre Finanzlage der sozialen Krankenversicherung aufmerksam gemacht und entsprechende Finanzierungsoptionen aufgezeigt werden. Der Befund lautet: Ohne höhere Beiträge und/oder staatliche Finanzhilfen wird die gesetzliche Krankenversicherung kurz- und langfristig ihre Finanzprobleme nicht bewältigen können. Dabei ist eine Steuerfinanzierung wegen der höheren Verteilungsgerechtigkeit des Steuersystems der Beitragsfinanzierung des Mehrbedarfs vorzuziehen.

Im zweiten Teil wird versucht, darzustellen, dass die Einführung der „Finanzierung aus einer Hand“ erhebliche Auswirkungen auf das österreichische Gesundheitssystem hätte. Sie darf nicht mit Reformen im Bereich der integrierten Versorgung oder der Arbeitsteilung im Gesundheitswesen verwechselt werden, sondern geht zumindest in ihrer „reinen Form“ weit darüber hinaus.

Das gilt unabhängig davon, ob die „Finanzierung aus einer Hand“ über den Staat oder über die Sozialversicherung läuft. Im Beitrag wird in erster Linie auf die Implikationen eines von der Sozialversicherung beherrschten „Nachfragemodells“ eingegangen, wobei in Anbetracht der zu erwartenden politischen Widerstände auch ein „Abstimmungsmodell“ mitgedacht wird. Ihm liegen im Wesentlichen strategische Zielsetzungen zugrunde, die auch schon in der geltenden Art 15a-Vereinbarung über das österreichische Gesundheitwesen enthalten sind.

Darüber hinaus soll der Beitrag verdeutlichen, dass das österreichische Gesundheitssystem auch ohne „Finanzierung aus einer Hand“ grundlegender Reformen bedarf, um noch besser und effizienter funktionieren zu können als bisher.